

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

WIEN, 1983 01 11

GZ.Zl. 01041/59-Pr-5/82

2214 JAB

1983 -01- 19

zu 2244 J

Gegenstand: Schriftliche parlamentarische Anfrage
der Abgeordneten zum Nationalrat
Huber und Genossen, Nr. 2244/J,
vom 1.12.1982, betreffend Verwirk-
lichung des Kraftwerkbaues im Dorfer-
tal Osttirol

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Anton B e n y a

Parlament
1010 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Huber und Genossen, Nr. 2244/J betreffend Verwirklichung des Kraftwerkbaues im Dorfertal Osttirol, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Die Entwicklung der Kraftwerksplanung in Osttirol darf als bekannt vorausgesetzt werden. Das Kraftwerksprojekt Dorfertal-Matrei hat unmittelbare Berührungspunkte mit dem geplanten Nationalpark Hohe Tauern. Insbesondere die von der E-Wirtschaft gewünschte Beileitung der oberen Isel, ist im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Nationalpark problematisch. Es wird vor allem Sache des Landes Tirol sein, das für Fragen des Natur- und Landschaftsschutzes zuständig ist, die erforderlichen Entscheidungen zu treffen, wobei zu erwarten ist, daß auch das Land Tirol im Sinne der Gespräche von Heiligenblut

-2-

für die Erhaltung der Umballfälle an der oberen Isel eintritt.

- 1) Die Osttiroler Kraftwerke AG wird auf Grund der Gespräche von Heiligenblut von Juni 1982 ihr Projekt überarbeiten und sich dabei mit den Berührungspunkten des Kraftwerkbaues mit dem Nationalpark Hohe Tauern auseinandersetzen. Sobald diese Unterlagen vorliegen, wird sich damit auch die Tiroler Landesregierung, der nach der Bundesverfassung die Entscheidung in Naturschutzfragen obliegt, zu befassen haben. Über eine Erklärung des Projektes zum bevorzugten Wasserbau kann das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft erst nach Vorliegen eines diesbezüglichen Antrages entscheiden.
- 2) Dem Herrn Landeshauptmann von Tirol wurde angeboten, bereits in diesem Verfahrensstadium durch enge Zusammenarbeit zwischen Wasserrechtsbehörde und Naturschutzbehörde jene Wassermenge zu ermitteln, die dem Kraftwerk ohne unzulässige Beeinträchtigung öffentlicher Interessen zugeführt werden könnte. Von diesem Angebot wurde bisher noch nicht Gebrauch gemacht.
- 3) Mir ist nicht bekannt, wie weit die Planungen der OKG gediehen sind. Einem Baubeginn muß jedenfalls ein wasserrechtliches Bewilligungsverfahren vorausgehen. Die Frage nach einem Baubeginn ist nicht von mir, sondern von der OKG zu beantworten, die allerdings das Bewilligungsverfahren abwarten müßte.

Der Bundesminister:

